



Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Entscheidung heute noch unsicher

Das Schaufelspiel

Berlin, 1. Dez. In politischen Kreisen behauptet man, General v. Schleicher habe trotz der neuen Ablage aus Weimar die Hoffnung immer noch nicht aufgegeben, die Grundlage für das zu bildende Kabinett nach nationalsozialistischer Seite hin verbreitern zu können. Der Reichswehrminister werde mit Hitler zwar nicht durch einen Mittelsmann, aber telephonisch neue Fühlung nehmen. Wie verlautet, hat der Reichspräsident gelegentlich einer Berichtserstattung des Generals von Schleicher den bestimmten Wunsch ausgesprochen, daß der mSchwebezustand nunmehr baldigt ein Ende gemacht werde. Tatsächlich ist das erfolglose Hin und Her dem Gedanken der autoritären Regierung nicht förderlich. Heute mittag fand nun eine Aussprache des Reichskanzlers v. Papen mit dem Reichswehrminister statt, über deren Verlauf nichts bekanntgegeben wurde. Der Reichspräsident soll seine Ratgeber auf abends 6 Uhr zu sich beschieden haben. Obaber die Entscheidung bereits, wie vielfach angenommen wird, heute abend erfolgen wird, oder erst im Lauf des Freitags, ist noch ganz unsicher. Man glaubt zwar immer noch, daß General von Schleicher die meisten Aussichten habe, aber es kommt darauf an, welche Männer er als seine Mitarbeiter ins Auge gefaßt. Davon kann die Ernennung des Reichskanzlers unter Umständen wesentlich abhängen.

Hitler kommt nicht

Weimar, 1. Dez. Die Reichspressestelle der NSDAP. teilt mit, gegenüber den Meldungen, wonach Adolf Hitler zu-gefasst, mitgeteilt oder auch nur beabsichtigt habe, zu Verhandlungen über die Regierungsbildung mit irgend welchen amtlichen Stellen nach Berlin zu kommen, werde festgestellt, daß alle diesbezüglichen Meldungen frei erfunden seien. Zu derartigen Verhandlungen mit den zurzeit in Berlin mit der Kabinettsbildung befaßten Persönlichkeiten liege für die NSDAP. keinerlei Anlaß vor, da ja Adolf Hitler bereits am 23. November dem Herrn Reichspräsidenten seinen der Öffentlichkeit bekannten festumrissenen klaren und eindeutigen Vorschlag zur Lösung der Regierungskrise in aller kürzester Frist unterbreitet habe. Die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung dieses Vorschlags, der keinerlei Raum zu Unklarheiten lasse, liege nicht bei der NSDAP. Demgemäß habe sich auch Adolf Hitler am Dienstag abend programmäßig nach Weimar begeben, um in den thüringischen Gemeindevahlkampf einzugreifen. Alle andersgerichteten Meldungen, insbesondere auch über Unstimmigkeiten innerhalb der nationalsozialistischen Führerschaft, seien unwahr.

Verschiedene Blätter erklären die Tatsache, daß Adolf Hitler nicht nach Berlin kam, mit der Erzählung, Hitler sei ursprünglich zur Reise nach Berlin bereit gewesen. Auf der Hinfahrt sei er aber auf dem Bahnhof in Jena von den dort ihn erwartenden Unterführern Göring und Goebbels aus dem Eisenbahnwaggon herausgeholt und im Auto nach Weimar geföhrt worden.

Die Forderungen der Gewerkschaften

Berlin, 1. Dez. Der „Vorwärts“ veröffentlicht ein Schreiben des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds (ADGB.) vom 29. November an den General von Schleicher, das nach der Besprechung des Vorstands des ADGB. mit Schleicher auf dessen Wunsch hin verfaßt wurde, um die in der Unterredung aufgestellten Forderungen der Freien Gewerkschaften darzulegen. Die Gewerkschaften fordern: Die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 5. Sept. 1932 ist außer Kraft zu setzen. Die in der Verordnung vom 4. Sept. 1932 für Neueinstellungsprämien zur Verfügung gestellten 700 Millionen RM. sind unverzüglich zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten zu verwenden. Der Anreiz der Prämienausgabe habe keine nennenswerte Wirkung gehabt. Zu dem durch die Verordnung vom 5. Sept. den Unternehmern gegebenen Recht, die Löhne für die 31. bis 42. Stunde zu kürzen, wird erklärt, dies habe eine große Beunruhigung in den Betrieben und zahlreiche Streiks verursacht, obwohl ein großer Teil der Unternehmer auf die Ausnutzung dieses Rechts von vornherein verzichtete. Die Verkürzung der Arbeitswoche auf 40 Stunden muß unverzüglich als gesetzliche Maßnahme durchgeführt werden. Der durch die erwähnte Verordnung geschaffene Anreiz zur Verkürzung der Arbeitswoche auf 40 Stunden habe verfallen; angesichts der Massenarbeitslosigkeit können aber verlängerte Arbeitszeit und Überstunden über 40 Wochenarbeitsstunden hinaus nicht länger geduldet werden. Das System der Steuergutscheine sei dahin umzugestalten, daß entsprechende Steuergutscheine als Grundlage für die Finanzierung öffentlicher Arbeiten verwendet werden können. Das System der Steuergutscheine habe sich insofern bewährt, als es bewiesen habe, daß eine öffentliche Kreditbewilligung in gewissen Grenzen möglich und mit keiner In-

Tagespiegel

Im badischen Landtag wurden am Donnerstag abend nach weitläufiger lebhafter Aussprache die Kirchenverträge verabschiedet. Bei der Abstimmung waren alle 88 Mitglieder des Hauses zugegen. Das Ergebnis der Abstimmung war die Annahme des Konkordats und des Evangelischen Kirchenvertrages bei Stimmentzweig des Landtagspräsidenten mit 45 gegen 44 Stimmen. Die Konferenz beim Reichspräsidenten dauerte etwa anderthalb Stunden. Eine Entscheidung hat sie noch nicht gebracht. Diese wird wahrscheinlich Freitag mittag bekanntgegeben. Daraus läßt sich vielleicht annehmen, daß zunächst am Freitag vormittag noch weitere Besprechungen stattfinden sollen. Alle Fragen sind noch offen. Adolf Hitler hat an den Reichspräsidenten am Donnerstag einen neuen Brief gerichtet, in dem er auf seine bekannten Vorschläge Bezug nimmt und im übrigen weitere Verhandlungen ablehnt. In der Besprechung beim Reichskanzler am Donnerstag abend wurde, soweit bekannt, noch keine Entscheidung getroffen. Die Kanzlerschaft Schleichers scheint wieder zweifelhaft geworden zu sein.

Der Reichsrat hat den Vorschlägen der Reichsregierung zur Vereinheitlichung des Säck- und Wechselrechts sowie der Verordnung, die der Längen- und Flächenmessung dienende Meßwerkzeuge der Eichpflicht unterwirft, zugestimmt.

Die Reformmaßnahmen in der preussischen Zentralverwaltung auf Grund der Diktatorischer Notverordnung (Erhaltungsausgleich) sind am 1. Dezember in Kraft getreten. Damit hat u. a. das preussische Wohlfahrtsministerium zu bestehen aufgehört, das bisherige Handelsministerium führt nun den Namen „Ministerium für Wirtschaft und Arbeit“. Vom ehemaligen Handelsministerium geht u. a. auch ein Teil der Schulen für weibliche Weiterbildung an das Kultusministerium über.

Die für Preußen bestellten Reichskommissare fordern die Gemeinden auf, fällige Zinsen für Gemeindeanleihen pünktlich zu zahlen oder sich mit den Gläubigern gütlich zu einigen.

Mac Donald und Simon sind am Donnerstag zur Vier- oder Fünfmächtekonferenz — je nachdem Deutschland mit- oder nicht — von London nach Genf abgereist. Herriot wird am Freitag abend abreisen, der französische Kriegsminister Paul-Boncour traf schon Freitag früh in Genf ein.

Die chinesische Nationalregierung, die während des Vormarsches der Japaner nach Lonang geflüchtet war, hat die Geschäfte in Nanking wieder aufgenommen.

Stationsgefahr verbunden ist; es habe insofern verfragt, als es eine fühlbare Erweiterung der Produktion und Ver- ringering der Arbeitslosigkeit nicht gezeitigt habe.

Diese angeregten Maßnahmen machen etwa 1,75 Mil- liarden ohne geringste Inflationsgefahr für Arbeitsbeschaf- fung frei und ermöglichen die Wiederbeschäftigung von einer Million Arbeitsloser.

Die durch die früheren Verordnungen herbeigeföhrteten Verschlechterungen der Sozialleistungen müssen im Rahmen der Möglichkeit rückgängig gemacht werden; die Versorgung der Arbeitslosen müsse namentlich in dem bevorstehenden Winter ausreichend verbessert werden; jeder weitere Angriff auf die Löhne und die Rechte der Arbeiter müsse unter- bleiben; die Unabhängigkeit der Tarifverträge, die durch die Verordnung vom 5. September aufgehoben war, müsse für die Zukunft unangetastet bleiben.

Papen an Braun

Berlin, 1. Dez. Der Reichskanzler hat in seiner Eigen- schaft als Reichskommissar für das Land Preußen in einem Brief an den preussischen Ministerpräsidenten Braun vom 30. November 1932 zu dem Erlaß der Regierung Braun vom 24. November 1932 Stellung genommen. Darnach bleibt es in der Frage der Briefzustellung bei der bisherigen Anordnung, daß Briefe, die nicht ausdrücklich für das in der Leipziger Straße untergebrachte Staatsmini- sterium bestimmt sind, weiterhin den zuständigen preussischen Ressorts zugehen. Ferner wird noch einmal einwandfrei festgestellt, daß die Beamten, die vom preussischen Staats- ministerium oder von einzelnen Ministern im Rahmen der ihnen zustehenden Befugnisse in Anspruch genommen wer- den, ihre Befehle nur durch die zustän- digen Staatssekretäre entgegenzunehmen haben. Der Reichskanzler stellt mit Bedauern fest, daß das preussische Staatsministerium in seinem Erlaß vom 24. Novem- ber 1932 sich dazu verstanden habe, der Beamenschaft mit- zuteilen, daß die preussische Staatsregierung die Aufhebung der nach ihrer Ansicht sachlich ungerechtfertigten Maßnahmen des Herrn Reichspräsidenten anstrebe. Durch derartige Mit- teilungen werde eine Unsicherheit in die Be- amtenschaft gebracht, die im Interesse der Aufrecht- erhaltung eines geordneten Dienstbetriebs und somit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung kaum zu ertragen sei.

Hinsichtlich des Beanadigungsrechts verbleibt es bei der vom Herrn Reichspräsidenten getroffenen Anord- nung, daß das Beanadigungsrecht den Kommissaren des Reichs zusteht. Der Reichskanzler stellt dazu noch ausdrücklich fest, daß die Ausführungen über das Beanadigungsrecht, die das preussische Staatsministerium seinem Erlaß beifügt, geeignet sind, den durch den Erlaß des Herrn Reichspräsidenten festgelegten Rechtszustand zu stören und Unruhe in die Bevölkerung in einer Angelegenheit zu tragen, die für das Schicksal der betrof- fenen Personen von größter Bedeutung ist. Der Reichskanz- ler bedauert, daß der Herr Ministerpräsident die Hand zu einem solchen kaum zu verantwortenden Vor- gehen geboten habe.

Eine Veröffentlichung des vom preussischen Staatsministerium herausgegebenen Erlasses im Reichs- und Staatsanzeiger und in den Ministerial- blättern unterbleibt, da es sich lediglich um An- ordnungen für den inneren Dienstbetrieb handelt, die nur für einen Teil der Beamtenschaft der Ministerien Bedeutung haben.

Neurath geht erst nach Kabinettsbildung nach Genf

Berlin, 1. Dez. Zu den Presseerörterungen über die Frage einer Zusammenkunft der führenden Staatsmänner in Genf zur Besprechung der Gleichberechtigungsfrage wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß der deutsche Reichs- außenminister Freiherr von Neurath erst nach Bildung des neuen Reichskabinetts nach Genf fahren wird. Die führenden Staatsmänner der anderen Mächte, die, wie be- kannt, dieser Tage in Genf eintreffen, sind darüber unter- richtet und haben ihr Verständnis für das Verbleiben des Reichsaußenministers in Berlin zum Ausdruck gebracht. Deutschland ist bei den zu erwartenden Verhandlungen über die Mandchurefrage durch den Gesandten v. Weisäcker vertreten.

Neue Nachrichten Eine „lex Klepper“

Berlin, 1. Dez. Die deutschnationale Fraktion des preussischen Landtags hat einen Initiationsgesetzentwurf ein- gebracht zur Ausführung des Artikels 25 der preussischen Verfassung, der die Einsetzung von Untersuchungs- auschüssen betrifft. Der Gesetzesantrag ist veranlaßt worden durch einen Zwischenfall, der sich im Klepper-Unter- suchungsausschuß des Landtags kürzlich ereignete. Der preussische Finanzminister Dr. Klepper, der in dem Aus- schuß als Zeuge vernommen werden sollte, wohnte in seiner Eigenschaft als Regierungsvertreter den Ausschuhverhandlungen schon vor seiner Vernehmung entgegen dem Widerspruch mehrerer Fraktionen. Der deutschnationale Gesetzesantrag will nun bestimmen, daß in einem Untersuchungsausschuß der von der Untersuchung Betroffene grundsätzlich nur dann bei den Ausschuhver- handlungen erscheinen darf, wenn er zur Vernehmung ge- laden wird. Seine Anwesenheit als Staatskommissar oder in irgend einer sonstigen Eigenschaft soll unzulässig sein.

Ernstes Kassenlage in Bayern

München, 1. Dez. Gegen einen nationalsozialistischen Antrag im bayerischen Landtag, die Beamtengehälter im Dezember in zwei Raten in drei Teilen auszuzahlen, machte der Verwalter des Finanzministeriums, Staatsrat Schäfer geltend, bereits bei der Zweiteilung im September einen Ueberbrückungskredit in Anspruch nehmen zu müssen, dessen Rückzahlung im Oktober zur Folge hatte, daß in diesem Monat sogar mit einer Viertelteilung begonnen werden mußte. Allenfalls könnte die Auszahlung des letzten Teils vor Weihnachten in Erwägung gezogen werden, im übrigen müsse es für das Haushaltsjahr bei der vorgesehenen Teilung bleiben: Am 3. und 15. Januar je ein Viertel, am 29. Januar die Hälfte des Januargehalts, ebenso im Februar am 10. und 19. je ein Viertel, am 28. die restliche Hälfte, am 15. März die erste und am 1. April die zweite Hälfte. Das Endziel müsse sein, daß die zweite Märzrate erst am 2. April fällig werde, also bereits in den Haushalt 1933 falle. Es sei mit einem Rückgang der Staatseinnahmen um 56,25 Mil- lionen Mark zu rechnen, davon Minderüberweisung aus Reichssteuern um 34 Millionen Mark. Durch einschneidende Sparmaßnahmen werde es möglich sein, den Fehlbetrag bis auf 15 Millionen Mark auszugleichen. Um diesen Betrag werde mit dem Reich getritten. Der Reichsfinanzminister bestreite nämlich, daß die Länder für die Abtretung ihrer Eisenbahn und Post an das Reich einen Ent- schädigungsanspruch haben. Bayern werde diesen Anspruch durch den Staatsgerichtshof feststellen lassen. Die Mitteilung Schäfers über die schlechte Finanzlage Bayerns rief peinliche Ueberraschung hervor.

Aufhebung einer kommunistischen Geheimgesellschaft

Bielefeld, 1. Dez. Beamte der Landestribunalkammer Bielefeld haben im benachbarten Steinhagen eine geheime Zusammenkunft von Mitgliedern der kommunistischen Partei in einem Kellerzimmer ausgehoben. Die Zusammenkunft hatte den Zweck, Parteimitglieder im Gebrauch von Waffen zu unterweisen. Sieben Beteiligte wurden wegen Vorbereitung des Hochverrats festgenommen.

Hoover zieht sich von der Abrüstungskonferenz zurück

Washington, 1. Dez. Präsident Hoover ist durch die gegenwärtige unfreundliche Einstellung Frankreichs gegen Amerika stark verstimmt, so daß er beschlossen hat, die weitere Beteiligung der Vereinigten Staaten an der Abrüstungskonferenz einzustellen oder doch das amerikanische Büro auf nur zwei Beamte abzubauen, sobald Deutschland sich zur Mitarbeit wieder bereit erklärt habe und in dem französisch-italienischen Flottenstreit ein Fortschritt erzielt sei. Hoover ließ das Büro der Abrüstungskonferenz schließen, das, was bis jetzt auf der Abrüstungskonferenz erreicht sei — es ist sehr wenig — vertragsmäßig festzulegen. Das übrige werde er seinem Nachfolger Roosevelt überlassen, der sein Amt am 4. März antritt. Die Bestimmung Hoovers ist darauf zurückzuführen, daß Frankreich, um sich wegen des mangelnden amerikanischen Entgegenkommens in der Schuldenfrage zu rächen, in Ostasien die Politik Japans gegen die Vereinigten Staaten unterstützt.

Die britische Note an Amerika

London, 1. Dez. Die britische Note an Amerika zählt 10 000 Worte. Ihre Veröffentlichung erfolgte den Blättern zufolge, am Samstag oder Montag. Ueber den Inhalt berichtet „Morningpost“, Großbritannien wäre bereit, am 15. Dezember die Schuldentrate zu bezahlen, falls Washington darauf beharrt; die Zahlung würde dazu in Gold erfolgen. Ein Zahlungsausschub liege aber nicht nur im Interesse Großbritanniens, sondern auch der Vereinigten Staaten und der ganzen Welt.

Vorläufig noch kein Bier

Washington, 1. Dez. Die Hoffnungen vieler Millionen Amerikaner, daß sie schon zu Weihnachten ohne Uebertretung der Gesetzgebung trinken könnten, wird sich anscheinend nicht erfüllen. Hoover hat den Führern des Bundesparlamentes mitteilen lassen, daß er sowohl gegen das beabsichtigte Gesetz, nach dem Bier mit einem Alkoholgehalt von 2,75 v. H. gebraut werden darf, als auch gegen das Gesetz zur Unterstützung der Landwirtschaft sein Veto einlegen werde. Seiner Ansicht nach sei jede Änderung des Volstead-Gesetzes, wonach Getränke mit mehr als 0,5 v. H. Alkoholgehalt verboten sind, bereits eine Aufhebung der Verfassung. Sollte Hoover auf diesem Standpunkt beharren, so wird nicht allein das Programm der demokratischen Partei für die am Montag zu eröffnende kurze Sitzungsperiode des Bundesparlamentes hinsichtlich der Milderung der Prohibitionsbestimmungen, sondern auch hinsichtlich des Ausgleichs des Fehlbetrags im Staatshaushalt umgestoßen. Denn die Einkünfte aus Steuern, die auf geschlechtlich zugelassenes Bier erhoben werden sollten, hätten nach Ansicht der Demokraten den Zweck, zum Ausgleich des Staatshaushalts zu dienen. Roosevelt hat bereits seinen Ratgebern mitgeteilt, daß er gegebenenfalls sofort nach seinem Amtsantritt das Bundesparlament zu einer Sonder-sitzung zusammenberufen müsse, um den Staatshaushalt auszugleichen, dessen Fehlbetrag sich sprunghaft vergrößere.

Der japanische Vorstoß in der Mandchurei

Schanghai, 1. Dez. Nach schnellem Vormarsch längs der ostchinesischen Bahn haben die Japaner die Stadt Tschalantun eingenommen. Man glaubt, daß der Vorstoß, an dem rund 20 000 Japaner teilnehmen sollen, weniger den Zweck habe, die starken Gebirgsstellungen der Chinesen bei Chingnan zu nehmen, als vielmehr den chinesischen Befehlshaber in der Mandchurei, General Supingwen, zu Verhandlungen zu zwingen. Supingwen hält 250 japanische Zivilpersonen als Geiseln gefangen und verweigert ihre Freilassung. En-

pingwens Hauptquartier meidet, daß sechs japanische Flugzeuge den Westbahnhof von Tschalantun mit Bomben belegt und den Bahnhof und einige Kasernen zerstört haben. Zwölf Zivilisten sollen bei dem Luftangriff ums Leben gekommen sein.

Der Mandchurei-Streit vor dem Ausschuss der Völkerbundesversammlung

Genf, 1. Dez. Der Neunzehner-Ausschuss der außerordentlichen Völkerbundesversammlung ist heute vormittag unter dem Vorsitz des belgischen Außenministers Hymans zusammengetreten. Der Ausschuss billigte die Einberufung der außerordentlichen Versammlung auf den 6. Dezember. Der chinesische Vertreter Dr. Yen erhebt in einem Schreiben Bedenken gegen eine weitere Verzögerung des Verfahrens und teilt mit, daß gegenwärtig in der Mandchurei wiederum schwere Kämpfe zwischen japanischen Truppen und patriotischen Chinesen, die sich gegen die militärische Fremdherrschaft auflehnen, im Gange seien. Es wurde beschlossen, Yen mitzuteilen, daß die Frage der Verlängerung der Frist für den Abschluß des Verfahrens erst entschieden werden könne, wenn sich die Absichten der Versammlung überblicken lassen.

Württembergischer Landtag

Rundfunk — Vertrag mit dem Hause Württemberg

Stuttgart, 1. Dezember

In der heutigen Sitzung des Landtags wurde die Beratung großer Anfragen fortgesetzt. Abg. Adolf Kling (NS.) begründet eine Anfrage wegen Nichtübertragung einer Rundfunkrede des Reichstagsabg. Straßer durch den Südfunk. Der Südfunk müsse völlig deutsch eingestellt sein, ohne jede parteipolitische oder konfessionelle Färbung. Staatspräsident Dr. Böckinger antwortete, die Übertragung der Straßerrede sei unterlagert worden, weil es sich um eine Parteired handelte. Nach einstimmiger Ansicht der württ. Regierung müsse der Südfunk überparteilich bleiben. Die Anfrage gab Anlaß zu längeren Auseinandersetzungen, an denen sich die Abg. Murr (NS.), Kaim (K.), Ritt (Z.), Heymann (S.), Girzel (ND.), Herm. Kling (CPD.) und Murr (NS.) beteiligten. Während der Ausführungen des Abg. Heymann kam es zu einem Zwischenfall mit den Nationalsozialisten sowie zwischen Heymann und dem Präsidenten Mergenthaler. Murr hatte dem Abg. Heymann das Wort „Jude“ zugerufen, worauf Heymann erklärte, er verzichte darauf, von „diesem“ Präsidenten in Schutz genommen zu werden. Präsident Mergenthaler erklärte, er könne als Präsident von dem Abg. Heymann nicht beleidigt werden. Die Abg. Heymann und Keil wurden zweimal zur Ordnung gerufen. Die Aussprache endete damit, daß ein nationalsozialistischer Antrag, wonach Veranlassungen, die das völkisch-deutsche Geistesleben behandeln, vom Südfunk nicht als „politisch“ bezeichnet und mit dieser Begründung abgelehnt werden dürfen, mit 30 gegen 28 Stimmen (Soz., Komm., Dem. und Fr.) angenommen wurde. Dagegen wurde, da in diesem Fall der Christliche Volksdienst sich der Abstimmung enthielt, ein weiterer nationalsozialistischer Antrag abgelehnt, wonach durch eine geeignete Stellenbesetzung eine unparteiliche völkisch-deutsche Einstellung des Südfunks sichergestellt werden solle.

Zum Schluß gab es noch eine längere Aussprache über einen Antrag des Finanzausschusses, das Staatsministerium zu ersuchen, mit dem Hause Württemberg wegen einer Ermäßigung der Leistungen des württ. Staates mit größter Beschleunigung in Verhandlungen einzutreten. Abg. Pfeiffer (S.) verlangte Verhandlungen über einen völkischen Verzicht statt einer Ermäßigung, und Abg. Fischer (Komm.) beantragte, alle Zahlungen des Staates an das Haus Württemberg sofort einzustellen. Abg. Dr. Schott (ND.) erklärte, der Staat sei beim Abschluß des Vertrags nicht schlecht weggekommen; bei den Leistungen des Staates an das Haus Württemberg handle es sich um rechtlich-erzwingbare Verbindlichkeiten des Staates. Abgeordneter Dr. Beyerle (Z.) betonte, daß es sich bei den Staatesleistungen nicht um eine Rente, sondern um eine Gegenleistung handle aus einem privatrechtlichen Vertrag für Ueberlassungen, die die andere Seite vorgenommen habe. Abg. Winkler (S.) sprach auch gegen die Rente an die frühere Königin. Abg. Herm. Kling (CPD.) fand es un-

begreiflich, daß ein früherer Appell an das Fürstenhaus Württemberg Erfolg gehabt habe. Der Ausschusstermin wurde unter Ablehnung der übrigen Anträge angenommen. Nächste Sitzung Freitag nachmittag.

Württemberg

Stuttgart, 1. Dez. Zurückziehung einer Großen Landtagsanfrage. Die Nationalsozialisten haben ihre am 29. Juli 1932 eingebrachte Große Anfrage betreffend Nachwuchs bei der Polizei und das Verhältnis der württembergischen Regierung zum Reich zurückgezogen. Die Große Anfrage hatte sich u. a. auf die von Staatspräsident Dr. Böckinger in Wahlverfammlungsreden abgegebene Erklärung bezogen, daß das Volk zum Widerstand berechtigt sei, wenn eine „Revolution von oben“ komme, ferner auf die Befürchtung, der Staatspräsident beabsichtige als Innenminister, die Schutzpolizei einseitig mit Leuten, die dem Zentrum angehören, aufzufüllen. — Die Veränderungen, die seit Ende Juli in der politischen Lage und im Verhältnis zwischen Zentrumspartei und Nationalsozialistischer Partei eingetreten sind, scheinen die nationalsozialistische Fraktion zur Zurücknahme der Anfrage veranlaßt zu haben.

Kleine Anfrage. Die Abg. Girzel, Dr. Schott und Dr. Winkler (ND.) haben an das Staatsministerium folgende Kleine Anfrage gerichtet: Das Apothekergewerbe beklagt sich über die immer stärker werdende Konkurrenz der Krankenkassen durch den Vertrieb von Heil- und Arzneimitteln. Zusammen mit bekannten, derartigen Verbrauch einschränkenden Vorschriften wird durch diese Betätigung der Krankenkassen die Existenz vieler Apotheken gefährdet. Es sind bereits Zusammenbrüche von Apotheken erfolgt. Die Versorgung der Bevölkerung mit brauchbaren Mitteln wird außerdem dadurch ernstlich in Frage gestellt. Sind dem Staatsministerium diese Mißstände bekannt und ist es bereit, die geeigneten Mittel dagegen anzuwenden?

Eine nationalsozialistische Anfrage lautet: Um den starken Andrang zu den verschiedenen höheren und mittleren Staatsbeamtenstellungen einzudämmen, scheinen verschiedene Behörden dazu übergegangen zu sein, vor Abhaltung der Staatsprüfungen zu beschließen, wieviel Kandidaten der jeweiligen Fachrichtung die Prüfung bestehen dürfen. Dadurch werden häufig geeignete Leute infolge der übersteigerten Prüfungsanforderungen zeitweilig mit dem Motel eines gescheiterten Studenten belastet. Der Zweck der Prüfung sollte doch der sein, festzustellen, ob der Prüfling sein Fachgebiet beherrscht, keineswegs aber der, durch Spitzfindigkeiten und übersteigerte Forderungen dem Prüfling das Bestehen der Prüfung unmöglich zu machen. Heißt das Staatsministerium ein solches Vorgehen der ihm anvertrauten Behörden gut?

Vom Landtag. Am nächsten Samstag wird keine Besetzung des Landtags stattfinden. Dafür wird der Verwohntungs- und Wirtschaftsausschuß zusammentreten und sich mit den Anträgen Dr. Ströbel (BB.) betr. Maßnahmen zum Schutz des Binnenmarktes und Dr. Brudmann (Dem.) betr. Änderung der Gewerbeordnung befassen.

Die nationalsozialistische Fraktion hat in einer Kleinen Anfrage das Staatsministerium auf das dienstliche und außerdienstliche Verhalten des Bürgermeisters von Neckernbeuren, durch das er seine Autorität seit Jahren untergraben habe, aufmerksam gemacht und ein Eingreifen des Innenministers bzw. ein Dienststrafverfahren gegen den Oberamtsvorstand wegen lässlicher Aufsichtsführung verlangt.

Vom Staatsgerichtshof abgewiesen. Bei der letzten Stuttgarter Gemeinderatswahl im Dezember 1931 hatte auf der Einheitsliste der bürgerlichen Parteien Obersekretär Lau von der Volksrechtspartei 58 890 Stimmen erhalten und kam damit gleich hinter Postamtmannt Ahner, der mit 60 092 Stimmen damals an der Spitze der Gewählten stand. Der Demokrat Hausmann hatte 49 696 Stimmen erhalten, sein Parteifreund Harrichar nur 48 508 Stimmen. Beide wurden aber gewählt. Lau kam damals wegen des Grundlages der Stellenwahl nicht zum Zug, weil mehr als die Hälfte der Stimmzettel der Einheitsliste unabgeändert abgegeben worden war. Die Volksrechtspartei hat dann den Staatsgerichtshof anrufen, der, wie der Schwäbische Merkur hört, vor-

Dort unten in der Mühle

Roman von Stefan Ulf.

Copyright by Hans Weidlich, Zwickau/Sa.

18 Fortsetzung

Nachdruck verboten.

Der Rechtsanwalt hatte ihm damals in einem Schreiben nach Berlin mitgeteilt, daß es seine Ansicht sei, die Gräfin habe wohl sofort nach der Ueberschreibung den Betrag für Wohltätigkeitszwecke ausgeworfen; er selbst habe trotz eifrigster Nachforschungen nichts in Erfahrung bringen können. Nach ihrem Tode hatte die Einsicht in die Kontoauszüge der Banken jedenfalls nicht erbracht, daß eine Einlage in solcher Höhe gebucht worden war.

Graf Ag war reich, sehr reich. Er hatte im Jahre 1919 vor Beginn seiner Weltreise das beträchtliche, von seinem Vater hinterlassene Vermögen in holländischen Papieren angelegt. Bei seiner Reise hatte er nicht viel mehr als die Zinsen verbraucht, er war überhaupt nie ein Verschwender gewesen. Er hatte in Berlin bei der Nachricht des Rechtsanwalts wohl ein wenig den Kopf geschüttelt, aber dessen Vermutung beigegeben, eben da Überzeugung, daß seine Tante einer Laune folgend, eben das Geld einer Wohlfahrtsanstalt zur Verfügung gestellt habe.

Nun lagen die Dinge wesentlich anders. Aber da war ja noch der andere Brief. Er riß den Umschlag auf, zog erregt das Schreiben heraus und las:

Mein herzlichst geliebter Neffe!

Wenn dieses Schreiben in Deine Hände gelangt, bin ich nicht mehr unter den Lebenden. Dann sei gewiß, daß ich lange Jahre in großer Sehnsucht auf Dich gewartet habe, wäre es doch für mich das größte Glück gewesen, das mir das Hiersein noch hätte bieten können, wenn ich Dich noch ein einziges Mal hätte sehen können.

Daß Du so weit von mir fort bist, betrübt mich sehr. Ich weiß, daß Dich Deutschlands Unglück hinausgetrieben hat in die Ferne, weiß aber auch, daß ein Posenheim nicht ein halbes Menschenalter in der weiten Welt verbringen kann, denn bis jetzt haben unsere Vorfahren noch stets auf der eigenen Scholle gelebt und sind auch auf der eigenen Scholle gestorben. Du bist als Offizier entslassen, — das

wird Dein größter Schmerz sein. Dein Vater hatte seine Besetzung in Westfalen in dem Gedanken verkauft, daß Deine Laufbahn beim Militär gesichert sei. Ihm selbst gefiel es ja nur im diplomatischen Dienst in Berlin. Wie konnte er ja auch nur ahnen, daß sich die Verhältnisse so gestalten würden? —

Ich habe Dir die Burg Posenheim, das Gut mit lebendem und totem Inventar sowie mein Barvermögen nebst dem in meinen Händen befindlichen Teil des Familienschmucks vermacht. Ich hoffe — und ich bin glücklich in der Hoffnung, daß Du einmal hier in diesen Räumen wandeln wirst in denen ich soviel an Dich gedacht, in denen ich mir immer wieder die Berliner Zeit vor Augen führte, als ich Dich täglich auf meinem Schoße hielt und Dich herzte und küßte. Du bist immer mein Herzensliebster gewesen, liebster Ag und ach, ich fühle, daß ich Dich nicht mehr sehe, mein Herz ist schwer. Ich habe an Dich, mein lieber Junge, noch eine große, eine letzte Bitte. Komme nach meinem Tode in die Heimat zurück. Ich beruhige mich, denn ich weiß, daß Du es tust. Sei lieb und gut zu Vater Profius und dessen Tochter, denn sie haben sich in langen Jahren in uneigennützigster Weise sehr viel Mühe um mich gegeben.

Dann liegt mir noch das Schicksal eines Mädchens tief am Herzen. Ich war bei seiner Taufe Patin, und zwischen uns beiden hat sich von frühester Zeit an ein inniges Verhältnis herangebildet. Es ist Lore, die Tochter des Herrn Lenzing in der Mühle.

Bei meiner Liebe zu Kindern ist es nicht verwunderlich, daß es mich immer zu der kleinen Lore hingog, und als deren Mutter vor vier Jahren starb, nahm ich mich des Mädchens, das untröstlich war, noch inniger an und suchte ihm durch meine Liebe den Verlust der Mutter nach Möglichkeit zu ersetzen. Ein Jahr nach deren Tode war Lore tagtäglich bei mir, — wir wurden unzertrennlich. Besitzt doch das liebe Kind einen Adel der Seele, eine Reinheit, des Herzens, daß jedem Menschen, dem die Begriffe für solche herrliche Eigenschaften ein Ideal bedeuten, wohl in seiner Nähe wird.

Nun haben die Verhältnisse in der Familie Lenzing in den letzten Jahren eine solche Verschlechterung erfahren, daß ich für die Zukunft der Lore sehr besorgt bin. Ein Individuum ohne jeglichen Charakter hat es verstanden, den

Mühlenwirt um sein ganzes, so teuer erworbenes Vermögen zu bringen. Unglaublich leichtsinnige Spekulationen haben ihn ins Unglück gebracht. So ließ ich meine ehemalige Absicht fallen, dem Mädchen bei meinem Tode den Mühlenbesitz testamentarisch zu übereignen, da sonst die Gefahr bestände, daß Haus und Hof in Kürze durch allerhand Winkeltzug aus den Händen des Mädchens gespielt würden. Als eines Tages Lenzing kam und mich bat, ihm die Mühle und die Gastwirtschaft im Mühltal zu überlassen, willigte ich gerne ein, obwohl mir bewußt war, daß ihm sonst niemand die Erwerbssumme zur Verfügung stellen würde als jener Mensch, der sich aus durchsichtigen Gründen den alten Lenzing verpflichtet wolle. Und es zieht sich mir seit jener Zeit das Herz zusammen, als ich in Erfahrung brachte, daß Brüdner — so heißt der brutale, von allen gefürchtete Mann, der bereits in seiner Jugend den eigenen Bruder im Streit erschlagen hat — mit allen Mitteln veruche, die Lore für sich zu gewinnen. Gewiß, es gibt sehr viele Ehen, in denen die Charakter nicht zusammenpassen, aber eine solche Verbindung wäre das entsetzlichste Geschehen, denn sie würde ein edles, tugendhaftes Herz zu Tode quälen. Es macht mich unfassbar unglücklich, daß ich hilflos abseits stehen muß und den Bann nicht brechen kann, der die Lore und ihren Vater bedroht. Da ich überzeugt bin, mein lieber Ag, daß Du bald nach meinem Tode Posenheim übernimmst, so nimm Dich bitte ein wenig des armen Mädchens an. Sei Lore ein Ratgeber, suche ihr Vertrauen zu gewinnen, — und behüte sie sorgsam, damit ich im Tode ruhig schlafen kann. Betreue sie wie eine Schwester, sie, die ich liebe, als wenn sie meine Tochter sei. Der Kastellan Profius, bei dem Lore ein- und ausgeht, wird Dich stets genau über alles unterrichten. Ich habe die Zukunft des Mädchens insofern sicher gestellt, daß ich ihr den Erlös für das Besitztum im Mühltal hinterlasse. Ich weiß, Du wirst mir nicht gram sein, weil dadurch die Erbschaft für Dich ein wenig geschmälert wird, sind doch Deine Verhältnisse wohlgeordnet. Bringe Gut Posenheim wieder auf die einstige Höhe, laß es Dir ein Plätzchen auf der weiten Erde sein, wo Du Dich wohlfühlst und glücklich bist. Ich sehe alles auf Dich hernieder, was der Himmel zu vergeben hat und es küßt Dich ein letztes Mal.

Deine Tante Eugenie.

(Fortsetzung folgt).

zünftigen Tagen seine Entscheidung gefällt hat, und zwar im Sinne der Stellenwahl. Die Beschwerde der Volksrechtspartei ist damit abgewiesen.

Tagung der Landwirtschaftskammer. Am Dienstag, 6. Dezember, nachm. 3 Uhr, tritt die Württ. Landwirtschaftskammer im Sitzungssaal des Württ. Wirtschaftsministeriums in Stuttgart zusammen. Auf der Tagesordnung stehen: Agrarprogramm der Reichsregierung a) Landwirtschaft (Strübel), b) Gartenbau (Haug), c) Forstwirtschaft (v. Rehböck), ferner Fragen der Zinsgestaltung bei Personal- und Realcredit (v. Stauffenberg), Württ. Fleischsteuergesetz (Herrmann-H.), Freiwilliger Arbeitsdienst (Reg.-Rat Stahlecker), Einheitssteuer und Erbschaftsteuer (Herrmann-Bl.), Stand der landwirtschaftlichen Zusammenschlüsse in Württemberg (Scherer), Krautbau und Krautabtrieb (Wacker), Ehrung alt-eingefessener Bauernfamilien (Ottensbach).

Mit dem Leben bezahlter Uebermut. Bei der Heimfahrt eines Vergnügungsüberzugs aus dem Unterinntal stieß bei Innsbruck der Hochschüler Rolf Pfeiffer aus Stuttgart im Uebermut auf das Dach eines Eisenbahnwagens. Er kam dabei mit der elektrischen Hochspannungsleitung in Verbindung und erlitt schwere Brandwunden, denen er im Innsbrucker Krankenhaus erlegen ist.

Cannstatt, 1. Dez. Neuer Dekan. Dekan Friedrich Roos in Calw wurde zum Dekan in Cannstatt als Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Defans Kübler ernannt.

Befehlsaufhebung aufgehoben. Auf Antrag des Oberrechtsanwalts wurde der Befehl des Amtsgerichts Stuttgart vom 10. November 1932, durch den die Befehlsaufhebung des Hauptblattes der „Süddeutschen Arbeiter-Zeitung“ Nr. 253 vom 10. November 1932 angeordnet wurde, aufgehoben.

Aus dem Lande

Delbronn O. M. Maulbronn, 1. Dez. Ein blindes Reh, ein Spießerbock von 24 Pfund Gewicht, wurde im Gemeindefeld beobachtet und, da es nicht gelang, ihn lebend zu fangen, geschossen. Auffallend war, daß der Bock immer in Gesellschaft einer alten Rehgeiß war, die ihn zu den Verspähungen führte.

Biffingen O. M. Kirchheim, 1. Dezember. Tödlich abgestürzt. In der Nähe des Raubers stürzte der Besitzer des Gasthauses zum Falken in Eßlingen, der 51 Jahre alte Theodor Rehl, von einem Felsen in einer Höhe von 25 bis 30 Meter ab und erlitt dabei tödliche Verletzungen. Der Verunglückte befand sich auf der Jagd und hatte einen Fuchs angeschossen. Um nach dem Tier zu sehen, begab er sich auf den Felsen hin aus. Hierbei erfasste ihn entweder ein Schwindel oder gab der morische Baumstumpf am Rand des Felsens nach. Der Verunglückte wurde von seinen Jagd-freunden gefunden und nach Biffingen gebracht, von wo ihn die Angehörigen nach Eßlingen überführten.

Aggenbach O. M. Calw, 1. Dez. Totenschädelfund. Vor einigen Tagen fand ein hiesiger Bürger auf seiner Wasserwiese in einem Seitental der „Kleinenz“ einen fast ganz verwesten Schädel, der vom Hochwasser des „Hefelbächleins“ dorthin getragen worden ist. Trotz genauer Nachsichten konnten bis jetzt noch keine weiteren Funde, die zur Klärung des rätselhaften Falles dienen könnten, gemacht werden.

Rottweil, 1. Dez. Keine Aufhebung des Seminars. Auf Anfrage beim Reichs-Oberstudienrat und beim Kultusministerium wurde mitgeteilt, daß bei diesen Stellen von einer Aufhebung des neuen und bestehenden Lehrerseminars in Rottweil nichts bekannt sei.

Spaltingen, 1. Dez. Einbruch. Im Gasthaus und Metzgerei zur Traube hat ein Einbrecher etwa 8 Mark aus der Ladenkasse und für etwa 8 Mark Wurstwaren gestohlen. Vor einigen Tagen wurde der Hund des Bestohlenen vergiftet, was mit dem Diebstahl wohl im Zusammenhang stehen dürfte.

Göppingen, 1. Dez. Hausierhändler wegen beabsichtigten Vertriebs von Stilettemessern bestraft. Am April dieses Jahres wurde ein 34-jähriger Hausierhändler aus Reichenhagen O. M. Göppingen wegen einer Diebstahlsangelegenheit festgenommen. Bei der Durchsichtung seiner Hausiererware fand man u. a. auch ein neues, noch nicht gebrauchtes, 21,5 Zentimeter langes Stilettemesser, das er probeweise als Muster mitführte, und von dem er bei einer Söhlinger Stahlwarenfabrik eine größere Anzahl Messer zum Verkauf nachbestellt hatte. In dieser Handlungsweise erblickte das Amtsgericht Göppingen ein Vergehen gegen die Notverordnungen vom 28. März 1931 und 8. Dezember 1931 zusammenfassend mit einer Uebertretung der Gewerbeordnung. Es verurteilte deshalb den Hausierer zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten und fünf Tagen. Das beschlagnahmte Messer wurde eingezogen, und dem Verurteilten wurden gleichzeitig die Kosten des Verfahrens auferlegt.

Mühlacker, 1. Dez. Einbruch. In der Nacht auf Mittwoch wurden aus dem Haus des Schneidermeisters Chr. Daniel, Bahnhofstraße, mehrere Anzüge und Mäntel entwendet. Zum Fortschaffen der gestohlenen Waren nahmen die Einbrecher, die mindestens zu dritt gewesen sein müssen, die zufällig im Laden stehenden zwei Koffer und eine Schachtel mit.

Stammheim O. M. Calw, 1. Dez. Tödlicher Unfall. Auf der Straße gegen Calw wurde die 74-jährige Witwe Rosine Kober von einem aus Stammheim stammenden Radfahrer angefahren und zu Boden geworfen. Sie trug dabei so schwere Verletzungen davon, daß sie in der darauffolgenden Nacht an den Folgen des Unfalls starb. Der Radfahrer hatte sein Fahrrad nicht beseitigt.

Badnang, 1. Dez. Arbeitereinstellungen. Wie der „Murrtaal-Vote“ erfährt, sind weitere Mehr-Einstellungen in hiesigen Großbetrieben auf Grund der Notverordnung erfolgt. In der Spinnerei J. F. Wolff AG. soll die Mehr-Beschäftigung nunmehr 450 Personen betragen.

Bartholomä O. M. Gmünd, 1. Dez. In Haft genommen. Zur Zeit weilt hier der Revisor der hiesigen Molkerei- und Mühlgewerkschaft. Wie schon öfters, entdeckte er auch diesmal einen Fehlbetrag, der aber die leitenden in der Höhe beträchtlich überschritt. Der Kassier und Rechner R. Sp. hat sich nun selbst beim Stationskommando gemeldet, wo er in Untersuchungshaft genommen wurde. Ein Schaden dürfte der Genossenschaft nicht entstehen.

Reutlingen, 1. Dez. Wolldeiebstahl. Am 22. bis 28. November 1932 wurden auf ersehnte Weise aus einem in der Brühlstraße beim Zollamt aufgestellten Wollwagen 28 Stück Wolldecken, 100-200 Zentimeter groß und beschriftet „Anton Schipper, Möbeltransport, Reutlingen“, entwendet.

Dehringen, 1. Dez. Wechsel in der Verwaltung der Fürst zu Hohenlohe-Dehringenschen Besitzungen. Wie der „Hohenloher Vote“ hört, ist der bisherige Kammerpräsident Dr. Kurt von Klefeld aus den Diensten des Fürsten zu Hohenlohe-Dehringen ausgeschieden. Nachfolger ist der Generalbevollmächtigte des Fürsten Hans zu Hohenlohe-Dehringen, Oberleutnant a. D. Richard Ehrmbach in Slawenzik.

Forstheim, 1. Dez. Selbstmord. Der in den 40er Jahren stehende Fabrikant Walter Brinkmann hat sich das Leben genommen. Die Ursache dürfte in geschäftlichen Schwierigkeiten zu suchen sein.

Von der bayerischen Grenze, 1. Dez. Tragisches Ende. Als der Totengräber Javer Reimlingen von Weitsriedhausen bei Laingen im Friedhof ein Grab schaufeln wollte, wurde er, als er eben die erste Erdschicht abgehoben hatte, vom Herzschlag gerührt.

Haben Sie den „Villiger“ jetzt versucht?

Villiger-Raucher wissen, daß dieser Stumpen etwas Apartes an sich hat. Ueberzeugen Sie sich aber selbst. Versuchen Sie einen Villiger zu 8, 10 oder 15 Pfg. das Stück und vergleichen Sie ihn kritisch mit der Marke, die Sie bisher rauchten. Dann finden Sie es selbst heraus: Stumpen und Stumpen sind zweierlei.



Villiger-Stumpen sind etwas Besonderes!

Preislagen 8, 10 und 15 Pfg.
Villiger Sohn, Tiengen-Baden, München 23

Tettang, 1. Dez. Hopfenriegelbruch. Wegen Hopfenriegelbruchs bzw. wegen Verkaufs badischer Hopfen als „Tettanger“ hatten sich vor dem hiesigen Amtsgericht zu verantworten der Händler und Gastwirt „zur Post“ in Weckenbeuren Javer Wagner und der Landwirt Adolf Wagner in Diglishofen bei Oberreifenbach (O. M. Tettang). Javer Wagner hatte am 12. September dieses Jahres in Baden 12 Zentner Hopfen zu je 110 Mark aufgefauft und sie — in gesiegeltem Zustand — nach Württemberg gebracht. Im Anwesen des Adolf Wagner, der ebenfalls Hopfenbauer ist, wurden die versiegelten und plombierten Ballen geöffnet, die Hopfen wieder auf den Haufen geschüttet und zu 125 Mark an den Nürnberger Luftkäufer J. Hellmann verkauft. Die beiden kamen mit 100 bzw. 150 Mark Geldstrafe davon.

Amliche Dienstmeldungen

In den Ruhestand vertritt: Bauinspektor Kay beim Straßen- und Wasserbauamt Heilbronn auf Ansuchen; Oberregierungsrat Kohler bei der Bauabteilung des Finanzministeriums seinem Ansuchen entsprechend.

Ernannt: Oberregierungsrat Dr. Bodhammer bei der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung zum Beisitzer und Oberregierungsrat Schmid als Beisitzer zum stellvertretenden Beisitzer der Dienststrafkammer für Körperschaftsbeamte; Gerichtsassessor Harter beim Amtsgericht Stuttgart I zum Staatsanwalt der Gr. 46 in Stuttgart; Obersekretär Friedr. Nisler beim Amtsgericht Böblingen zum Bezirksnotar in Hochtenberg; Zollsekretär Matthes beim Zollamt Hanauerau (Hauptzollamt Bad Reichenhall) zum Zollsekretär beim Hauptzollamt Reutlingen; Zollsekretär Trautner bei der Zollaufsichtsstelle (B) Steinlohe (Hauptzollamt Furtich i. B.) zum Zollsekretär beim Hauptzollamt.

Verfetzt: Die Staatsanwältin der Gr. 46 Joller in Gmünd an die Staatsanwaltschaft Ellwangen und Kempter in Ellwangen an die Staatsanwaltschaft Stuttgart.

Lokales.

Wildbad, 2. Dezember 1932.

Gesetzwidriger Warenverkauf. Der Reichswirtschaftsminister hat dem Württ. Mittelstandsbund für Handel und Gewerbe ein Schreiben zugehen lassen, in dem u. a. heißt: „Es wird in den zuständigen Reichsministerien gegenwärtig die Frage geprüft, unter welchen Voraussetzungen es dem Einzelhandel, und zwar nur dem Einzelhandel, gestattet werden kann, durch Automaten, die in räumlicher Verbindung mit einem Ladengeschäft stehen, auch nach 7 Uhr und an Sonntagen solche Waren zu verkaufen, die in dem Ladengeschäft feilgeboten werden. Von verschiedenen Seiten wird darauf hingewiesen, daß eine solche Regelung nicht nur zu einer Belebung der Automatenindustrie führen, sondern auch dem Einzelhandel die Möglichkeit schaffen würde, die beachtlichen Umsätze, die gegenwärtig durch den teilweise gesetzwidrigen Warenerwerb in Bahnhofstellen und in Gast- und Schankwirtschaften nach 7 Uhr abends und an Sonntagen erzielt werden, wenigstens zu einem Teil wieder dem Einzelhandel zuzuführen. Jedenfalls sind die Klagen über die angeblich beabsichtigte Schaffung einer weiteren Konkurrenz zu Lasten des Einzelhandels nicht begründet. Im übrigen sind die Beratungen der Reichsministerien, unter denen das Reichswirtschaftsministerium federführend zuständig ist, noch nicht abgeschlossen. Im Auftrag: gez. Michel.“ Bemerkenswert ist die Tatsache, daß hier ein deutscher Reichsminister den Warenerwerb in Bahnhofstellen und in Gast- und Schankwirtschaften nach 7 Uhr abends und an Sonntagen ausdrücklich als „teilweise gesetzwidrig“ bezeichnet.

Erweiterung der Schülerkarten. Die Reichsbahn wird vom 1. Dezember an die Altersgrenze für die Inanspruchnahme von Schülermonats- und Schülerrückfahrkarten, die für Beirlinge und einzelne andere Gruppen von Benutzern bisher auf 20 Jahre festgesetzt war, auf 22 Jahre ausdehnen. Schülermonatskarten sind um die Hälfte billiger als gewöhnliche Monatskarten und gewähren schon bei werktäglich nur einmaliger Benutzung zur Hin- und Rückfahrt eine Ermäßigung von 78—89 v. H. der regelrechten Einzel-fahrtspreise. Sie werden z. B. ausgegeben an Schüler, Studierende und Hochschulen und an solche Personen, die auf Grund eines schriftlichen Lehrvertrags in Berufsausbildung stehen (Beirlinge). Für mehrere Schulkinder derselben Familie wird noch eine Sondervergütung insofern gewährt, als vom zweiten und jedem weiteren Kind derselben

Familie nur der halbe Preis einer Schülermonatskarte zu entrichten ist.

Warnung vor falschen Anzeigenwerbern. Der Hauptfestauschuss für das 15. Deutsche Turnfest sieht sich zu einer öffentlichen Warnung genötigt infolge verschiedener an ihn gelangten Nachrichten, daß unter Berufung auf den Hauptfestauschuss von vielen Stellen verfaßt wird, bei den Geschäftsteilnehmern Groß-Stuttgart und Württemberg Anzeigen für Druckschriften (Festprogramme, Festbuch, Turn-fahrtbuch usw.) zu werden unter der Zusage, daß diese Druckschriften offizielle Veröffentlichungen enthalten und an die gesamten Festteilnehmer gelangen würden. Der Hauptfestauschuss erklärt hierzu, daß alle derartigen Angaben unwahr sind, und bittet die Geschäftsteilnehmer, Anzeigenwerber, die mit solchen Behauptungen arbeiten, zurückzuweisen. Der Hauptfestauschuss wird erst in den nächsten Wochen an die Herausgabe eines offiziellen Buchs herangehen können, nachdem die Vorarbeiten getroffen sind. Alle für den Hauptfestauschuss tätigen Herren sind Mitglieder der Deutschen Turnerschaft und haben einen Ausweis des Hauptfestauschusses für das 15. Deutsche Turnfest, den sie unaufgefordert vorzeigen können.

Sendefolge der Stuttgarter Rundfunk AG.

Samstag, 3. Dezember

6.15: Seltengabe, Wetterbericht, Gymnastik, 7.15: Wetterbericht, Nachrichten, 7.30—8.00: Schallplatten, 10.00: Gebetsstunde, 10.30: Musik im Frieden, 11.00: Seltengabe, Nachrichten, Wetterbericht, 12.30: Von Ellen und anderen (Schallplatten), 12.45: Konzert, 13.15: Seltengabe, Wetterbericht, Nachrichten, 13.30: Schallplatten, 14.00: Duales Festspiel von Johannes Baptista Wras, 14.45: Unterhaltungsmusik, 15.30: Jugendliebe, 16.30: Musik Stunde, 17.10: Chorpsalm, 18.15: Seltengabe, 18.30: Vortrag: „Wichtige Ergebnisse der Ingenieur-Geologie“, 18.50: Vortrag: Die Angehörigenverbindung, 19.15: Seltengabe, Wetterbericht, 19.30: Klavierwerke von Scriabine, 20.00: Kuffert und feierliche Schließung des Weihnachtsmarktes Berliner Künstler, 22.20: Seltengabe, Wetterbericht, Nachrichten, 22.45: Nachtmusik, 23.00: Sonderbericht vom Schlagskenners in Köln, 23.20—24.00: Nachtmusik.

Der neue Münchner 80-Kilowatt-Sender wird am Samstag, 3. Dezember, feierlich eingeweiht.

Europäischer Radiokongress. Nachdem auf der Internationalen Telegraphen-Konferenz keine Einigung über die Verteilung der Wellenlängen unter die europäischen Sender erzielt werden konnte, soll über diese Frage nunmehr auf einem europäischen Radiokongress entschieden werden, der noch vor Juni n. J. in der Schweiz zusammentreten wird. Außer europäischen Staaten können „Beobachter“ zu diesem Kongress entsenden.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Eine Eisenbahnräuberbande gefasst. Der Fahndungsdienst der Reichsbahn hat in Halle eine siebenköpfige Eisenbahnräuberbande unschädlich gemacht, der eine ganze Reihe Güterzugverderbungen zur Last gelegt werden. Die Führer waren mit modernen Selbstladepistolen bewaffnet. Insgesamt wurden bisher 20 Zugüberfälle aufgeklärt. Etwa 14 Personen werden sich wegen Hehlerei zu verantworten haben.

Raubüberfall. Am Donnerstag mittag kurz vor 12 Uhr wurde in Halle der 17-jährige Kassenbote einer Fabrik von zwei Männern im Alter von etwa 25 Jahren überfallen und niedergeschlagen. Die Räuber schnitten die an dem Rad des Ueberfallenen befestigte Geldtasche, in der sich 1600 Mark Lohngehälter befanden, ab und flüchteten auf ihren Rädern. Der Kassenbote hat erhebliche Verletzungen davongetragen, konnte aber eine Beschreibung der Täter geben, so daß die Polizei hofft, sie in kurzer Zeit ermitteln zu können.

Geldbriefträger erschossen. In einem Haus am Stiegel-schlag in Frankfurt-Bornheim wurde am Donnerstag mittag der Geldbriefträger Hoffmann erschossen. Als Täter kommt ein 19-jähriger junger Mann namens Knirsch in Frage, der flüchtig ist. Er wohnte seit kurzem mit seiner Mutter in dem Hause Stiegelschlag 5. Der Geldbriefträger hatte eine kleine Rente an die Großmutter des Täters ausbezahlt, als er von diesem noch einmal in die Wohnung zurückgerufen wurde. In der Wohnung selbst hat dann der Entel der Rentnerin, der 19-jährige Knirsch, dem Geldbrief-träger eine Kugel in den Kopf geplatzt. Knirsch raubte darauf 2800 Mk. Der Mörder wurde nachmittags in Wiesbaden verhaftet. Man fand noch 2000 Mark bei ihm.

Raubmord an einem Stationsvorsteher. Der Stationsvorsteher Stollmann in Bad Schwanau (Hoffstein) ist in seinem Dienstzimmer mit schweren Verletzungen ermordet aufgefunden worden. Stollmann hatte sich Donnerstag kurz nach 5 Uhr zum Dienst begeben. Die Täter haben aus der Kleidung des Ermordeten die Schlüssel zum Kassenschrank entnommen und 650 Mark geraubt. Bisher fehlt von den Täubern jede Spur.

100 000 Dollar geangelt. Am helllichten Tag ist im Kassenraum der Continental Bank Trust Company in New York ein Paket Liberty Bonds (Kriegsanleiheanteile) im Wert von 100 000 Dollar von dem durch Über gesicherten Zahl-tisch auf ungeklärte Weise verschwunden. Man glaubt, daß der Dieb mit einem Spazierstock, an dessen Spitze ein Haken befestigt war, sich das Wertpapier-Paket geangelt habe. Er ist unbemerkt entkommen.

Der Krakatau wieder in Tätigkeit

Von den Sunda-Inseln wird gemeldet, daß der gefährliche Vulkan Krakatau wieder in starke Tätigkeit getreten ist. In 12 Stunden erfolgten 323 Ausbrüche. Hundert Meter hoch schlugen die Flammen empor und die Aste wurde etwa 1000 Meter hoch geschleudert. — Der Krakatau ist der zweitgrößte Krater der Welt. Er liegt gerade an einer Stelle, wo die beiden Hauptachsen jener tiefen Spalten in der Erdkruste zusammenstoßen, denen einerseits die 88 erloschenen und 26 noch tätigen Feuerberge von Java, andererseits die fast ebenso zahlreichen, doch bis auf sieben zur Zeit ruhenden Vulkane von Sumatra ihre Entstehung verdanken. Manchem wird noch der furchtbare Ausbruch des Krakatau im Jahr 1883 in Erinnerung sein. Er erfolgte plötzlich explosionsartig und mit so ungeheurer Gewalt, wie man es noch niemals bei einem Vulkan gesehen hatte. Die den Ausbruch begleitenden Detonationen wurden wie ferner Kanonendonner noch sehr deutlich auf Ceylon und den Philippinen, ja noch an der Küste von Australien vernommen. Die Lufterschütterungen entwickelten eine derartige Kraft, daß auf einer hochgelegenen Kaffeepflanzung in Ostjava — in einer Entfernung vom Krakatau wie der von Berlin nach London — noch Risse in den Mauern des Verwaltungsgebäudes entstanden. Mit welcher ungeheuren Wucht die fast gänzlich in Staub, Asche und Bimsstein verwandelte Java aus dem Kraterfeld ausgeworfen wurde, kann man daraus erleben, daß die über ihm aufsteigende Dampf- und

